

Nur eine Politik, die politische und soziale Garantien für die Grundrechte jedes Staatsbürgers schafft, kann für sich in Anspruch nehmen, wahre Menschenrechte zu gewährleisten. Unsere erfolgreiche „Politik, die auf hohes ökonomisches Wachstum und steigende soziale Ergebnisse für das Volk gerichtet ist, (setzen wir) kontinuierlich fort.“ Es geht dabei um unsere Arbeit zur konsequenten Erfüllung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem, zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur breiten Einbeziehung der Werktätigen in die politische Mitbestimmung und Mitgestaltung in Gesellschaft und Staat, also um die Vorzüge des real existierenden Sozialismus. Hierdurch werden solche grundlegenden Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, auf einen Arbeitsplatz, auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft, auf Bildung, auf Mitbestimmung und Mitgestaltung, auf Wohnraum, auf Freizeit und Erholung überhaupt erst zur Realität. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie politische und Bürgerrechte werden bei uns in untrennbarer Einheit verwirklicht. Eine politisch stabile sozialistische Gesellschaftsordnung ist die beste Garantie für wahre Menschenrechtsverwirklichung.

Unter allen Menschenrechten ist heute angesichts der Gefahr eines menscheitsvernichtenden nuklearen Infernos das Recht der Völker und jedes einzelnen Menschen auf ein Leben in Frieden das oberste und grundlegende Menschenrecht. An der Einstellung zum Recht auf Frieden wird besonders sichtbar, welche Klassenkräfte tatsächlich die Verwirklichung der Menschenrechtsideale auf ihre Fahnen geschrieben haben. Nur vom Streben, nach Maximalprofit beherrschte Kräfte können ohne Rücksicht auf die Friedenssehnsucht der Völker daran interessiert sein, daß sich die Spirale des Wettrüstens immer weiter dreht, daß durch das „Stemenkriegs“-Programm die Militarisierung in den Welt- raum getragen wird. Demgegenüber führen die sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze einen konsequen- ten Kampf, um den Frieden für die ganze Menschheit zu

gewährleisten. Die in der Erklärung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 enthaltenen umfassenden Vorschläge der UdSSR zur Befreiung der Welt von Atomwaffen²² und das von ihm auf dem XXVII. Parteitag dargelegte Friedensprogramm²³ zeigen allen Völkern der Welt die Perspektive des Friedens.

Für das Volk der DDR ist es ein Glück, daß sich die Entwick- lung unserer Gesellschaft und unseres sozialistischen Staates nach der von der SED ausgearbeiteten Gesellschaftsstrategie vollzieht und daß diese kampferprobte marxistisch-leninisti- sche Partei der Arbeiterklasse von einem Zentralkomitee geführt wird, an dessen Spitze ein Politiker wie Erich Honecker steht, der sich mit ganzer Kraft für Frieden und Sozialismus einsetzt. Das auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU verkündete umfassende Friedensprogramm ist für ihn „eine historische Chance, die nicht ungenutzt bleiben darf“. Zugleich versichert er dem höchsten Forum der Partei Lenins: „An der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderstaaten setzt die Deutsche Demokratische Republik konsequent ihre ganze Kraft ein, damit der Frieden im Kosmos und auf der Erde gewahrt wird.“²⁴ Hierin kommt zugleich die klare Linie unserer marxistisch-leninistischen Partei zum Ausdruck, die weiterhin unbeirrt auf den Schutz, die Verteidigung und den Ausbau der Rechte und gesetzlichen Interessen der Werktätigen gerichtet ist, insbesondere auf die Verwirklichung des elementarsten, Menschenrechts, des Rechts auf Leben im Frieden.

Es ist gewiß: Der XI. Parteitag der SED, der wieder einen neuen Abschnitt beim gesellschaftlichen Voranschreiten eröffnet, wird Recht und Gesetzlichkeit dabei gebührend ein- setzen.

22 E. Honecker, „Zum neuen Jahr die besten Wünsche für Frieden, Glück und Wohlergehen“, ND vom 31. Dezember 1985, S. 1.

23 ND vom 16. Januar 1986, S. 1 f.

24 ND vom 26. Februar 1986, S. 3 f.

25 ND vom 27. Februar 1986, S. 1.

Das Wirken Ernst Thälmanns als

Zum 100. Geburtstag Ernst Thälmanns

Prof. Dr. sc. HEINZ KARL,
Sektorleiter im Institut für Marxismus-Leninismus beim

„Tiefer in die Massen! Das muß heißen: Wir müssen sie mit Geduld und Zähigkeit auf klären, wir müssen Sprachrohr aller Nöte und Vorkämpfer in allen Tagesförderungen der Massen sein ... wir müssen verstehen, aus ihren Tagesnöten ihnen die großen Zusammenhänge zu zeigen, den kleinen“ Tageskampf in seiner Verflechtung mit dem großen nation- alen und internationalen Machtkampf zu führen.“ Diese Worte Ernst Thälmanns drücken ein Leitmotiv seines Wirkens aus, das auch seine Tätigkeit als kommunistischer Parlamentarier bestimmte. Er widmete der parlamentarischen Arbeit als einem Bindeglied der Partei zu den Massen, dem parlamentarischen Kampf als einer Form des politischen Kampfes der revolutionären Bewegung stets große Aufmerk- samkeit und gab ein überzeugendes persönliches Beispiel revolutionärer parlamentarischer Tätigkeit.

Erste, aber bereits wesentliche Erfahrungen auf diesem Kampffeld sammelte der kommunistische Politiker in der Hamburger Bürgerschaft. Er war Vorsitzender der kommu- nistischen Fraktion und gehörte seit März 1921 nicht nur dem Ältestenausschuß an, sondern auch dem einflußreichen Bürgerausschuß, der vor allem die Bürgerschaft gegenüber dem Senat vertrat, ferner der Finanzdeputation und dem Tarifausschuß.

Ernst Thälmann wußte, daß auf dem Boden des bürger- lichen Parlamentarismus keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich war. „Solange die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren unge- heuren Einfluß auf die Massen ausübt, kann von einer wahren Demokratie überhaupt nicht die Rede sein.“ Aber

Parlamentsabgeordneter der KPD

Zentralkomitee der SED

er war bemüht, alle Möglichkeiten des Parlaments zu nutzen, um die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter und Erwerbslosen, der Angestellten und Beamten, der Renten- und Unterstützungsempfänger zu verfechten. So wandte er sich gegen eine beabsichtigte Erhöhung der Verkehrstarife, forderte die Ausgabe von ver- billigten Kartoffeln und Kohlen an die Erwerbslosen und an alle vom Wohlfahrtsamt Unterstützten sowie die Einrichtung öffentlicher Speise- und Wärmehallen, die Wiederaufnahme der Schulspeisung und die Schließung sämtlicher Luxus- lokale.

Immer wieder zeigte Ernst Thälmann in der Hamburger Bürgerschaft, wie die Arbeiterklasse, solange sie die Macht- frage noch nicht zu ihren Gunsten entscheiden kann, alle Möglichkeiten nutzen muß, um die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu verteidigen und zu erweitern, ihren Kampfbo den zu verbessern. Deshalb verlangte er bei- spielsweise, die reaktionären Elemente aus der Justiz zu entfernen sowie die außerordentlichen Gerichte und alle Ausnahmeverordnungen aufzuheben. Über solche aktuellen demokratischen Forderungen hinaus gab er in seinen Reden

1 E. Thälmann, „Tiefer hinein in die Massen!“, Die Rote Fahne vom 25. April 1925.

2 Vgl. R. Holze, Die Rolle Ernst Thälmanns in der politischen, Ideolo- gischen und organisatorischen Entwicklung der KPD vom Dezem- ber 1920 bis Mai 1923, Diss. A, Berlin 1976, S. 149.

3 E. Thälmann, Zur Machtfrage (Reden, Artikel und Briefe 1920 bis 1935), Berlin 1982, S. 46.

4 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 1020 f., 1587 f., 1591 f.; 1922, S. 978.

5 Vgl. E. Thälmann, Zur Machtfrage, a. a. O., S. 66, 70 f., 85.